



Ratzeburger Demokratiekonferenz diskutiert über einen Aktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung

Auf der jährlichen Demokratiekonferenz der 'Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen' wurde Anfang Oktober über einen gemeinsamen Aktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung diskutiert. Hintergrund ist eine angestrebte Bewerbung bei der 'Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus - European Coalition of Cities against Racism' (ECCAR). Die 'ECCAR' ist ein Bündnis europäischer Städte, das gegründet wurde, um sich aktiv gegen Rassismus auf kommunaler Ebene einzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Städtenetzwerk einen Zehn-Punkte-Aktionsplan erarbeitet und ermöglicht daneben auch den Austausch von Best Practice und Vernetzung zwischen den Städten im Bereich Antirassismus. Die Gründung des Bündnisses geht auf eine Initiative der UNESCO, der Internationalen Städte-Koalition gegen Rassismus (ICCAR), aus dem Jahr 2004 zurück. Derzeit gehören dem Netzwerk etwa 140 Städte und Gemeinden aus 23 verschiedenen europäischen Ländern an, unter anderem auch die Hansestadt Lübeck.



Sandra Rickert (li.) berichtet von der Arbeit der Hansestadt Lübeck in der 'Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus - European Coalition of Cities against Racism', der sie 2020 beigetreten ist. © Thomas Biller - Bilderhaus Mustin

Um hier Mitglied werden zu können, muss die Kommune in den Handlungsfeldern des vorgegebenen Zehn-Punkte-Aktionsplans eigene Maßnahmen erarbeiten, die sie im Zuge der Mitgliedschaft zukünftig umsetzen will. Diese Aufgabenstellung wurde auf der Demokratiekonferenz angegangen. Rund 25 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus

Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik diskutierten in zwei Arbeitsrunden alle Punkte des Aktionsplanes und entwarfen dabei ein konkretes Maßnahmenpaket. Angeleitet wurden sie dabei von Gesine Gondesen und Evans Gumbe, die einfühlsam die Wirkungsmechanismen von Rassismus und Diskriminierung sowie deren Auswirkungen auf die betroffenen Menschen verdeutlichten. Begleitet wurde die Diskussion von Jana Christ vom Koordinationsbüro der 'ECCAR' in Heidelberg und von Sandra Rickert, die bei der Hansestadt Lübeck für den dortigen 'ECCAR-Aktionsplan' zuständig ist. In ihren Beiträgen wurde deutlich, dass eine Mitgliedschaft in der 'Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus - European Coalition of Cities against Racism' als Prozess zu verstehen ist, dem eine Selbstverpflichtung zugrunde liegt. Diese Selbstverpflichtung können Stadt und Amt auch als gemeinsame Bewerbung abgeben.

Das Ergebnis dieser Diskussion wurde nachfolgend als designierter Aktionsplan der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen zusammengefasst und soll nun in den jeweiligen kommunalen Gremien beraten werden. Sollte der Aktionsplan hier eine Zustimmung finden, könnte ein Beitritt zur 'ECCAR' im Mai 2024 erfolgen.

Die Demokratiekonferenz wurde gefördert über das Bundesprogramm 'Demokratie leben!' durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.